

1838 so weit in der thatsächlichen Förderung und Verschmelzung der Verhältnisse der in Sachsen wohnenden Juden vorgeschritten sind, daß wir diese Uebergangsbestimmungen jetzt schon vollständig entbehren können; können wir sie aber nicht entbehren, so steht mir das Interesse des ganzen Landes, meines eignen Volkes höher, als wie alle weitem Form- und sogenannten Humanitätsfragen. In soweit also diese von mir geäußerten Ansichten die Mehrheit der Deputation in der von ihr vorgeschlagenen Fassung auch ausgesprochen hat, kann ich mich nur ihr anschließen. Aber allerdings gehen mir gegen die vorgeschlagene Fassung selbst manche Bedenken bei, da sich §. 4, wie sie die Majorität der Deputation vorschlägt, nur auf die inländischen Juden bezieht, indem es heißt: „Hinsichtlich der Verhältnisse derjenigen Juden, welche sächsische Unterthanen sind“; was aber mit den ausländischen Juden wird und welche gesetzlichen Bestimmungen über deren Niederlassung im Lande gelten sollen, ist völlig freigelassen. Eben so wenig kann ich, wie schon gesagt, damit einverstanden sein, daß ihnen die Ehrenrechte entzogen werden sollen. Ich würde also auch hierüber einen kleinen Zusatz zu §. 4 wünschen. Derselbe Fehler, den ich zuerst erwähnte, trifft aber auch den Vorschlag der Minorität der Deputation; auch darin ist durchaus nichts gesagt, wie es in Beziehung auf die Niederlassung ausländischer Juden im Inlande gehalten werden soll. Nur der Regierungsentwurf hat diese Frage allerdings ins Auge gefaßt, da nach demselben die Bestimmung der Ausführungsverordnung zu den Grundrechten vom 20. April 1849 in §. 6 ausdrücklich nur in Beziehung auf inländische Juden fortbestehen soll, nicht aber in Beziehung auf die Niederlassung ausländischer. Unter diesen Umständen hege ich allerdings den Wunsch, daß §. 4, wie sie die Majorität der Deputation vorgeschlagen hat, eine Aenderung erleide, da ich außerdem freilich derselben nicht würde zustimmen können, und zwar, daß erstens gesagt würde statt: „derjenigen Juden, welche sächsische Unterthanen sind“, bloß: „der Juden“, und dann noch am Schlusse hinzugefügt werde: „es verbleiben ihnen auch die in §. 45 der Städteordnung bezeichneten Rechte unter denselben Bedingungen, wie den Bürgern christlichen Bekenntnisses.“ Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Unterstützungsfrage auf diesen Vorschlag zu richten.

Präsident v. Schönfels: Herr v. Zehmen trägt zuvörderst darauf an, daß aus der Fassung, wie die Majorität sie dargelegt hat in Bezug auf §. 4, die Worte der ersten und zweiten Zeile: „derjenigen,“ und: „welche sächsische Unterthanen sind,“ in Wegfall gebracht werden mögen, und ich frage: ob Sie diesen Antrag zu unterstützen gemeint sind? — Geschieht hinreichend.

Präsident v. Schönfels: Ferner beantragt Herr v. Zehmen, als Zusatz zu dem Majoritätsgutachten noch zu setzen: „Es verbleiben ihnen auch die §. 65 der Städteordnung bezeichneten Rechte unter denselben Bedingungen, wie den Bürgern christlichen Religionsbekenntnisses.“ Ich frage:

ob die Kammer auch diesen Antrag des Herrn v. Zehmen zu unterstützen gemeint ist? — Geschieht hinreichend.

v. Mostik-Wallwich: Ein geehrter Redner stellte die Frage auf und beantwortete sie im Sinne der Majorität der Deputation: was ist gerecht, was ist rathlich? Ich beantworte sie in meinem Sinne. Es ist gerecht, daß man den sächsischen Israeliten die Rechte lasse, die sie in Privatrechtstiteln für sich und ihre Familien erworben haben; es ist rathlich, sie ihnen zu lassen, damit sie nicht aus Freunden der Regierung nothwendig zu Feinden derselben werden müssen. Was die Ehrenrechte betrifft, so mache ich die Kammer darauf aufmerksam, daß die Israeliten auch militairpflichtig sind, daß in den Reihen der Armee tüchtige Unteroffiziere aus den Israeliten dienen, und nun nehmen Sie den Fall, daß ein Israelit sich als Soldat so auszeichnet, daß er General wird, soll er nun die Ehrenrechte nicht besitzen, während sie seine Untergebenen besitzen? Man stellt immer unter den Israeliten Sachsens sich einen Popanz vor, weil er in andern Ländern stattfindet. Wir haben ungefähr, soviel mir bekannt, 1100 Juden, ungefähr 900 in Dresden und 200 in Leipzig; auf dem Lande und in den Provinzialstädten haben wir höchstens 10 bis 15 Israeliten. Ausländische Israeliten erlangen nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht das Heimathsrecht, und ich glaube, daß nur außerordentlich selten von der Regierung das Recht gegeben wird, daß ein ausländischer Israelit das Heimathsrecht in Leipzig oder Dresden erlange. Sie sehen daraus, daß eigentlich, wenn wir ihnen diese Privatrechte lassen, die Wohlfahrt des übrigen Landes nicht gefährdet werden kann.

Graf zu Solms-Wildenfels: Nach einigen Aeußerungen sollte man glauben, es handle sich um Bedrückung der Juden; das ist keineswegs der Fall, es handelt sich um größere oder mindere Emancipation und um die sogenannten Errungenschaften. Die Emancipation der Juden wird von vielen Juden selbst nicht gewünscht, sie wird ihnen auch gar nichts helfen; übrigens glaube ich auch nicht, daß in einem christlichen Staate es erlaubt ist, daß Diejenigen, welche nicht bekennen, daß Jesus Christus der Herr sei, auf gleiche Stufe gesetzt werden mit den christlichen Unterthanen; ich glaube, daß es besser ist, sie in derjenigen Classe zu lassen, worin sie bis jetzt sind. Sie haben sich wohl befunden, so wohl befunden, daß sie an manchen Orten und bei manchen Gelegenheiten die christlichen Einwohner unterdrückt haben. Warum soll man sie denn noch in eine bessere Lage bringen? Deswegen, weil sie von den Errungenschaften sprechen? Das muß ich sagen, wer die Errungenschaften vertheidigen will, der wird an mir keinen Partisanen finden. Und außer den Errungenschaften haben sie doch keine Rechte. Hier, muß ich noch sagen, finde ich eine gewisse Inconsequenz, wenn ich mir das erlauben darf, in der Bestimmung, daß die Juden alle Rechte haben sollen, wie die Christen, aber nur allein in Sachsen auf Dresden und Leipzig beschränkt sind. Will man ihnen überhaupt die Rechte